

Strategiewechsel in der chinesischen Hochschulpolitik: Qualität statt Quantität

Katrin Willmann

In der VR China bekommen in diesem Jahr voraussichtlich 60 % der Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz. Durch den Beschäftigungsdruck entsteht steigendes Unruhepotenzial. Im Juni 2006 kam es bereits zu schweren Studentenprotesten. Nach Vorlage des Bildungsberichtes im Mai 2006 reagiert die chinesische Regierung darauf mit institutionellen Reformen des Hochschulsystems.

Analyse:

Aufgrund der zu erwartenden hohen Arbeitslosenzahlen unter Hochschulabsolventen und der Gefahr weiterer Studentenproteste will die chinesische Regierung die Hochschulzugangsraten erstmals seit 1999 beschränken und sich stattdessen auf die Steigerung der Bildungsqualität konzentrieren.

- Die Hochschulpolitik zielte bislang vor allem auf die Verbesserung der Infrastruktur ab. In den 1990er-Jahren erfuhr das chinesische Hochschulwesen eine enorme Expansion. Die Studentenzahl verdoppelte sich zwischen 1995 und 2000.
- Auf dem Arbeitsmarkt herrscht jedoch ein „mismatch“ zwischen Angebot und Nachfrage. Die Qualifikationen der Hochschulabsolventen entsprechen nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.
- Die Regierung läutet daher einen Richtungswechsel in der Hochschulpolitik ein. Die Expansionsgeschwindigkeit soll in Zukunft stärker durch Zugangsbeschränkungen kontrolliert werden. Zugleich werden bildungspolitische Maßnahmen diskutiert, um die Hochschulabsolventen besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Keywords: China, Hochschulpolitik, Bildungsqualität, Arbeitsmarkt

1. Einleitung

In der VR China spitzt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen zu. Wie dem Bericht der Staatlichen Reform- und Entwicklungskommission zur Arbeitsmarktentwicklung im ersten Quartal 2006 zu entnehmen ist, werden rund 1,67 Millionen Hochschulabsolventen, das sind 22 % weniger als im Vorjahr, auf dem Arbeitsmarkt benötigt. Gleichzeitig steigt in diesem Jahr die Absolventenzahl um 22 % auf 4,13 Millionen. Damit werden voraussichtlich 60 % der Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz finden. Mitte Juni 2006 zeigte sich exemplarisch, wie sehr der Beschäftigungsdruck von den Studenten wahrgenommen wird und welches Potenzial darin für eine mögliche Ausweitung gesellschaftlicher Proteste steckt. Mehrere Tausend Studenten randalierten auf dem Unigelände des Shengda College in Zhengzhou, der Hauptstadt der zentralchinesischen Provinz Henan, gegen die befürchteten schlechteren Arbeitsmarktchancen durch eine Änderung der Diplomregelung (International Herald Tribune, 21.6.2006). Vor diesem Hintergrund und nach Vorlage des Arbeitsberichtes zur Tertiärbildung Mitte Mai 2006 will der Staatsrat unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Wen Jiabao, trotz der neuerlichen Erfolgsmeldungen über die Bildungsausweitung im Hochschulwesen, die Expansionsgeschwindigkeit im Hochschulbereich künftig durch Zugangsbeschränkungen stärker kontrollieren. Diese Maßnahme begründete er damit, dass das Angebot an Hochschulabsolventen nicht mehr der Nachfrage des Arbeitsmarktes entspreche und die Qualifikation der Hochschulabsolventen nicht adäquat sei, um die Entwicklungsstrategie „eigenständiger Innovation“ erfolgreich umsetzen zu können (MOE 2006; Washington Post, 12.5.2006). Im vorliegenden Artikel wird dargelegt, dass Bildungsqualität zwar kein neuer Bestandteil der chinesischen Hochschulpolitik ist, angesichts des „mismatch“, in der Hochschulpolitik aber ein Strategiewechsel bei der Gewährleistung und Verbesserung von Bildungsqualität eingeleitet wird. So stehen bei der Umsetzung von Bildungsqualität nun nicht mehr nur die quantitative Ausweitung der Tertiärbildung, sondern die Erfolge bei der Integration der Absolventen in den Arbeitsmarkt im Vordergrund.

2. Quantitative Ausweitung der Hochschulbildung

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er-Jahre erfuhr das chinesische Hochschulwesen unter dem Leitmotiv „Massenbildung statt Elitebildung“ tief greifende Veränderungen. Die Hochschulreformen umfassten dabei schwerpunktmäßig die Erhöhung der Zahl der Hochschulen und der Studenten, aber auch die Modifizierung der Fächerstruktur, die Neuordnung des Verwaltungs- und Finanzierungssystems sowie Qualitäts- und Effizienzsteigerungen an den Hochschulen. Analysen des chinesischen Hochschulsystems heben vor allem die erfolgreiche Bildungsexpansion hervor. So wuchs die Gesamtzahl der Studenten von 2,3 Millionen im Jahr 1978 um das 9,1fache auf 21 Millionen im Jahr 2004. Im Jahr 2005 lag die Gesamtzahl der Hochschulstudenten gemäß dem Arbeitsbericht zur Tertiärbildung sogar bei 23 Millionen (MOE 2006). Darin enthalten ist die Zahl der eingeschriebenen Studenten des vierjährigen Grundstudiums bis zum Bachelor-Abschluss, die mit 856.300 Studenten zu Beginn der Wirtschaftsreformen 1978 und 13,3 Millionen im Jahr 2004 um mehr als das 15fache stieg. Die Zahl der Master- und Promotionsstudenten im Postgraduiertenstudium stieg innerhalb desselben Zeitraums von 10.934 auf 819.896 um das 75fache. Als weitere Kennziffer der Ausweitung des Hochschulwesens gilt die Zahl der Hochschulen, die sich von 598 im Jahre 1978 auf 1.731 im Jahre 2004 nahezu verdreifachte. Auch die Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrer an regulären Hochschulen und Universitäten, die im selben Zeitraum von 206.000 auf 858.000 anwuchs und sich damit vervierfachte, veranschaulicht die enorme Bildungsexpansion (siehe Tabelle 1).

Ein Blick auf den Zeitverlauf der Hochschulexpansion zeigt, dass sie, obgleich der Hochschul- und der Mittelschulbildung im Vergleich zur Elementarbildung schon zu Beginn der Wirtschaftsreformen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, in den 1990er-Jahren eine außerordentlich umfassende Aufwertung erlebte. Stand in den 1980er-Jahren bildungspolitisch noch die Neugründung tertiärer Bildungseinrichtungen im Vordergrund, sollte die Ausweitung des Hochschulwesens in den 1990er-Jahren vielmehr innerhalb des gegebenen Rahmens durch Rationalisierung und Effizienzsteigerung erzielt werden. Die rein quantitative Ausweitung des Hochschulsek-

tors verlangsamte sich daher Mitte der 1990er-Jahre wieder. Stattdessen verfolgte die Regierung das Ziel, sich dem internationalen Wettbewerb und den neuen Anforderungen im Zeitalter der Globalisierung anzupassen sowie die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzusichern. Dazu initiierte sie z. B. im Jahr 1993 das „Projekt 211“. Dieses beinhaltet die Förderung von 100 Spitzenuniversitäten und -hochschulen, die im 21. Jahrhundert im naturwissenschaftlich-technischen Bereich Weltniveau erreichen sollen. 1997 formulierte der damalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin zudem die Strategie „Wissenschaft und Bildung bringen das Land zur Blüte“, die fortan die neue Modernisierungspolitik symbolisierte und die herausragende Bedeutung von Bildung insgesamt hervorhob.

Tabelle 1: Kennziffern des Hochschulwesens

	1978	2004
Studenten insgesamt*	2.275.234	21.121.625
Studenten im Grundstudium	856.300	13.334.969
Studenten im Postgraduiertenstudium	10.934	819.896
Hochschulen	598	1.731
Vollzeitbeschäftigte Hochschullehrer	206.000	858.000

* Bei der Gesamtzahl der Studenten werden neben den Studenten an regulären Hochschulen auch die in der Erwachsenenbildung, im Fernstudium und an privaten Hochschulen hinzugezählt. Alle anderen Angaben beziehen sich gemäß der offiziellen chinesischen Statistik nur auf reguläre Hochschulen und Universitäten.

Quellen: DDPME 2004: 8; SSB 2005: 691, 695.

1999 zog der „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert“ eine Phase der extremen quantitativen Expansion des Hochschulwesens nach sich. Er hatte den beschleunigten Ausbau der Hochschulbildung, die Beschleunigung der Hochschulreform sowie die Steigerung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung zum Ziel. Während die Ausweitung der Tertiärbildung von 1995 bis 1998 mit jährlichen Wachstumsraten von 3 bis 7 % eher allmählich

verlief, führte die Strategie der Beschleunigung zu einem sprunghaften Anstieg der Immatrikulationsraten. Die jährlichen Wachstumsraten liegen seither zwischen rund 20 und 40 %. Allein von 1998 bis 2002 machte die Zahl der Studenten in regulären Universitäten und Hochschulen einen Sprung um das 2,6fache. Die Vorgabe der chinesischen Regierung, bis zum Jahr 2010 eine „Massenhochschulbildung“ (definiert als 15-prozentiger Anteil der Jugendlichen mit tertiärer Bildung relativ zu ihrer Alterskohorte zwischen 18 und 22 Jahren) zu erreichen, konnte im Zuge der Umsetzung des Aktionsplanes bereits acht Jahre früher im Jahr 2002 verwirklicht werden (Gao 2004: 219 ff.; Bai 2006: 129 ff.). Zwar ist seit 2001 wieder ein allmähliches Sinken der Wachstumsraten zu erkennen, die absoluten Zahlen bleiben jedoch weiterhin hoch. Allein zwischen 2000 und 2004 verdoppelte sich die Zahl der Studenten in regulären Universitäten und Hochschulen (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Entwicklung der Studentenzahl an regulären Universitäten und Hochschulen

Jahr	Zahl der Studenten (in Mio.)	Jährliches Wachstum (in %)
1995	2,9	3,6
1996	3,0	3,4
1997	3,2	6,6
1998	3,4	6,3
1999	4,1	20,6
2000	5,6	36,6
2001	7,2	28,6
2002	9,0	25,0
2003	11,1	23,3
2004	13,3	19,8

Quelle: Eigene Berechnung nach SSB 2005: 692.

3. Bildungsqualität als Bestandteil der Hochschulpolitik

Eine Analyse der chinesischen Hochschulpolitik sowie der öffentlichen und bildungspolitischen Diskussion der vergangenen zwei Jahrzehnte zeigt deutlich, dass die Anhebung der Bildungsqualität in den genannten unterschiedlichen Aspekten nicht nur immer wieder thematisiert und gefordert wurde, sondern auch regelmäßig Be-

standteil der Hochschulreformen war. Reformen wie die Dezentralisierung der Hochschulverwaltung und der Hochschulfinanzierung sowie die Zulassung privater tertiärer Bildungsträger waren sowohl zur Ausweitung der Hochschulbildung veranlasst worden als auch zur Anhebung der Bildungsqualität. Im Folgenden soll die Bedeutung der Bildungsqualität am Beispiel der bildungspolitischen Richtlinien, der Schlüsseluniversitäten, der nichtstaatlichen Universitäten und des Qualitätsmanagements aufgezeigt werden.

Nahezu zeitgleich mit dem „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert“ vom März 1999, der konkretere Anweisungen zur Ausweitung der Bildungsbeteiligung im tertiären Bildungssektor gab, legte die chinesische Regierung mit dem „Beschluss zur Vertiefung der Bildungsreform und zur umfassenden Förderung qualitativer Bildung“ im Juni 1999 seine modifizierte bildungspolitische Richtung fest. Dabei setzte sie ihren Akzent nicht mehr nur auf die Erreichung der grundlegenden Bildungsziele – die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums –, sondern auf die Qualitätsbildung.

Trotz der beschleunigten Bildungsexpansion seit 1999 war die Förderung von Schlüsseluniversitäten ebenfalls weiterhin Bestandteil der chinesischen Bildungspolitik. Fünf Jahre nach dem „Projekt 211“ wurde im Jahr 1998 ein weiteres Projekt initiiert, das dezidiert der Qualitätssteigerung einzelner Hochschulen dient. Innerhalb des „Projektes 985“ kommt die staatliche Förderung in Abgrenzung zum „Projekt 211“ Eliteuniversitäten zugute. Diese heben sich u. a. hervor durch besondere Leistungen in mehreren ausdrücklich geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern, exzellente Professoren und Wissenschaftler sowie wissenschaftliche Auszeichnungen und Projekte, die über die staatlichen Wissenschaftspläne und Förderorganisationen unterstützt werden.

Nichtstaatliche Hochschulen und private Institutionen innerhalb öffentlicher Hochschulen wurden schon zu Beginn der Wirtschaftsreformen 1978 zugelassen, seit Mitte der 1990er-Jahre wurden sie aber stärker gefördert. Im Jahr 2003 folgte das „Gesetz zur Förderung der Privatbildung“. Private Hochschulen können Lerninhalte nun flexibler und aktueller gestalten, um die Qualifikation der Absolventen zu verbessern und sie an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen. Ebenso erhöhen private Hochschulen zum Wohle

der Qualitätssteigerung den Wettbewerb zwischen staatlichen und nichtstaatlichen tertiären Bildungseinrichtungen, sofern die Abschlüsse der nichtstaatlichen Hochschulen den staatlichen gleichgestellt sind. Im Jahr 2004 wurden 1.413 nichtstaatliche Hochschulen betrieben (SSB 2005: 695). Die Zahl der nichtstaatlichen Hochschulen, deren Abschlüsse anerkannt waren, lag im Jahr 2003 bereits bei 1.277.

Bei der Betrachtung des Qualitätsmanagements im chinesischen Hochschulsystem sind ebenfalls positive Entwicklungen erkennbar. Seit den 1980er-Jahren gibt es standardisierte Bewertungsverfahren und Qualitätskriterien. Auf zentraler Ebene fungieren als Qualitätssicherungsinstrumente der „Ausschuss des Staatsrates für den akademischen Grad“, der Richtlinien für die drei akademischen Abschlüsse Bachelor, Master und Promotion festlegt sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen qualitativ dahingehend überprüft, ob sie akademische Abschlüsse anbieten dürfen. Das Akkreditierungskomitee definiert Qualifikationsverfahren zur Bewertung von Hochschulen. Während zwischen 1985 und 1994 vor allem die Disziplin beurteilt wurde, wird seit 1995 eine umfassendere Beurteilung vorgenommen. Im Zuge dieser Verschärfung konnten bis 2001 20 % der 220 evaluierten Hochschulen identifiziert werden, die nicht die notwendigen Mindestanforderungen erfüllten. Eine neue Phase des Qualitätsmanagements setzte im Jahr 2002 ein. Seitdem werden Hochschulen in einem Fünfjahreszyklus von einer unabhängigen dritten Instanz, beispielsweise durch das „Staatliche Evaluierungsinstitut zur Bereitstellung von Bildung mit akademischen Abschlüssen“, umfassend bewertet. Derzeit gibt es in der VR China folgende drei Arten der institutionellen Bewertung und Evaluierung von Hochschulen: die Qualifikations-, die Exzellenz- und die Zufallsbewertung. Einer Qualifikationsbewertung müssen sich Hochschulen mit schwach ausgebildeten institutionellen Kapazitäten und wenig Erfahrung mit der Hochschullehre im Bachelor-Studium unterziehen. Die Exzellenzbewertung richtet sich an Hochschulen mit guten institutionellen Kapazitäten, hohem pädagogischem Ausbildungsniveau und umfassender Erfahrung mit der Lehre im Bachelor-Studium. Die Zufallsbewertung ist für Hochschulen bestimmt, die zwischen den beiden anderen Kategorien anzusiedeln sind. Ziel aller drei Bewertungsinstrumente ist, die Unterrichtsqualität zu

bestimmen und die Unterrichtsbedingungen an den Hochschulen zu überprüfen. Auf Provinzebene gibt es daneben noch lokale Bewertungskriterien (OECD 2003: 24-25).

4. Schwachpunkte der Hochschulpolitik

Die vorangegangenen Ausführungen haben verdeutlicht, dass die Verbesserung der Bildungsqualität seit Jahren Bestandteil der chinesischen Hochschulpolitik ist bzw. in Beschlüssen und Gesetzen bis in die jüngste Zeit immer wieder thematisiert wird. Trotzdem bleiben angesichts der anhaltenden Kritik an den mangelhaften und nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechenden Qualifikationen der Hochschulabsolventen, wie sie jüngst im Arbeitsbericht zur Tertiärbildung vorgebracht wurde, die im Folgenden aufgeführten Schwachstellen bei der Gewährleistung von Bildungsqualität im Hochschulwesen und in der Hochschulpolitik zu beanstanden.

In der VR China herrschen erhebliche inter- und intraregionale Unterschiede im Bildungszugang und damit im Bildungsniveau. Umfassende Bildungsqualität setzt allerdings Bildungsgleichheit voraus. Die Kluft lässt sich zum Beispiel am Zugang der ländlichen Bevölkerung zur tertiären Bildung verdeutlichen. Während im Jahr 2004 nur 0,02 % der ländlichen Bevölkerung über einen Hochschulabschluss verfügten, sind es bei der städtischen Bevölkerung 5,63 %. Zwischen den Ost- und Westprovinzen lässt sich der Bildungsunterschied ebenfalls darlegen. So betrug die Zahl der Studenten an regulären Hochschulen in Zhejiang im Jahr 2004 knapp 572.759, in Guizhou mit 179.852 hingegen weniger als die Hälfte (SSB 2005: 703; Willmann/Schucher 2005).

Unterfinanzierung und ungleiche Bildungsfinanzierung üben gleichfalls negativen Einfluss auf die Bildungsqualität an chinesischen Hochschulen aus. In absoluten Zahlen stiegen die staatlichen Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren. Die Ausgaben je Student dürften sich angesichts der anvisierten enormen Erhöhung der Studentenzahlen jedoch nur noch bei einer – bislang unwahrscheinlichen – deutlichen Erhöhung der Staatsausgaben weiterhin proportional verhalten. Im Februar dieses Jahres hatte die chinesische Regierung in ihrem „Staatlichen mittel- und langfristigen Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie von 2006 bis 2020“ folgende Ziel-

marke bekannt gegeben: Die Immatrikulationsrate relativ zur Alterskohorte zwischen 18 und 22 soll von 15 % im Jahr 2002 auf 40 % im Jahr 2020 steigen (Xinhua, 26.2.2006, nach BBC PF, 17.3.2006). Damit wäre nicht mehr nur das Kriterium für eine „Massenhochschulbildung“ voll erfüllt, sondern zusätzlich könnte China der Umsetzung einer „universellen Hochschulbildung“, bei der der Anteil bei 50 % liegen müsste, ein deutliches Stück näher kommen (Gao 2004: 219f). Qualitätsunterschiede aufgrund der Bildungsfinanzierung sind auch angesichts der Konzentration staatlicher Finanzierung auf Schlüsseluniversitäten und -disziplinen im Rahmen des „Projektes 211“ und des „Projektes 985“ evident.

In vielen chinesischen tertiären Bildungseinrichtungen wird zur Verbesserung der Lehrqualität z. B. schlicht auf die Erhöhung des Anteils der Lehrer mit hohen Bildungsabschlüssen wie Master oder Promotion gesetzt, in der Hoffnung, damit automatisch die Unterrichtsqualität zu erhöhen. Auch die Praxis, Hochschullehrern Gehaltszulagen für Forschungsprojekte und Publikationen wie Unterrichtsbücher zu gewähren, garantiert nicht, dass diese Belohnungen die Unterrichtspraxis verbessern. So genannte „soft skills“ wie kritisches Denkvermögen und Kreativität können durch die Modifizierung von Curricula ebenfalls unmittelbar kaum verbessert werden.

Im Hinblick auf die Qualitätssicherung und das Qualitätsmanagement ist das derzeitige bildungspolitische Instrumentarium vor allem prozessorientiert, indem es in erster Linie auf die notwendigen Inputfaktoren wie Akkreditierung, standardisierte Curricula und Lehrmaterial, Qualifikation der Lehrer, das Verhältnis Lehrer-Schüler, Lehrausstattung und Finanzierung ausgerichtet ist. Ferner zielt es auf die Erhöhung quantitativer Outputfaktoren ab, wie die Zahl der Absolventen pro Jahr und die Zahl der veröffentlichten wissenschaftlichen Artikel, Abschlussarbeiten und Dissertationen. Zu wenig Aufmerksamkeit wird dabei dem Ergebnis von Bildungsqualität, also dem Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt, geschenkt. Dazu sind bei der Ausrichtung der Bildungs- und Hochschulpolitik viel stärker die durchschnittlichen Einkommen der Hochschulabsolventen, die Arbeitslosenraten sowie die Lernfähigkeit und die Kompetenz der Absolventen zu berücksichtigen (OECD 2003: 47).

Eine Untersuchung der Beschäftigungsraten von Absolventen aus dem Jahr 2000 zeigt z. B.,

dass 95,8 % der Absolventen mit einem Master oder einer Promotion einen Arbeitsplatz finden. Dagegen liegt dieser Anteil bei den Bachelor-Absolventen deutlich darunter. Ausschlaggebend ist für diese Hochschulabsolventen dabei ebenso, unter welcher Verwaltungshoheit die Hochschule steht. Die Beschäftigungsrate für Absolventen eines vierjährigen Studiums an einer Hochschule, die dem Bildungsministerium direkt unterstellt ist, erreicht 90,1 %. Bei denjenigen, deren Hochschule anderen zentralen Ministerien unterstellt ist, liegt sie bei 76,2 %, bei denjenigen aus Hochschulen unter Verwaltungshoheit der Lokalregierungen nur noch bei rund 70 % (OECD 2003: 28).

Das Problem einer erfolgreichen und umfassenden Qualitätssicherung ist deshalb besonders akut, weil wegen der Erfolge in der Primär- und Sekundärbildung die Einschreiberaten auch ohne die bildungsplanerischen Vorgaben in den kommenden Jahren immer weiter steigen werden. Eine Balance zwischen Bildungsexpansion und -qualität muss deshalb schnellstmöglich hergestellt werden, um zumindest die qualitativen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Hochschulabsolventen in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Steigerung der Bildungsqualität bislang hauptsächlich quantitativ auf die Outputfaktoren, dabei schwerpunktmäßig auf die Ausweitung der Immatrikulations- und Absolventenzahl, abzielte. Dies kann keine langfristige Verbesserung der Qualifikationsstruktur ersetzen, die den Markterfordernissen entspricht. Nur eine ergebnisorientierte Hochschulpolitik verwirklicht eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität, die sich in niedrigen Arbeitslosenzahlen bei Hochschulabsolventen und höherem Einkommen widerspiegelt. Die angeführten Defizite zeigen, dass eine umfassende Qualitätssicherung für alle Hochschulen auf jeder Verwaltungsebene dadurch erreicht werden kann, dass umfangreichere Qualitätssicherungsmechanismen und -standards eingeführt werden und deren Aktualität überprüft wird. Anhand dieser Ergebnisse müssen die Richtlinien, Curricula, Hochschulaufnahmetests und die Ausbildungsinhalte für Hochschullehrer verändert werden. Dabei kommt es vor allem darauf an, potenzielle Arbeitgeber in institutioneller Form an der Gestaltung teilhaben zu lassen. Die Zertifizierung tertiärer Bildungseinrichtungen auf allen Verwaltungsebenen könnte dabei von unabhängigen Dienstleistern durchgeführt werden.

5. Höhere Anforderungen an die Bildungsqualität

Die Ankündigung des Staatsrats, die Expansionsgeschwindigkeit im Hochschulwesen verringern und stattdessen die Qualifikation der Absolventen verbessern zu wollen, deutet darauf hin, dass die Regierung erkannt hat, dass ergebnisorientierte Bildungsqualität nicht durch Quantität ersetzt werden kann. Da Bildungsqualität im Hochschulreformprozess immer wieder eine Rolle spielte, stellt sich nun die Frage, warum der Staatsrat zu diesem Zeitpunkt einen weiteren Vorstoß unternimmt und dabei sogar den Hochschulzugang beschränken möchte, gilt die Verbreitung der Tertiärbildung in der Bevölkerung doch als wichtige Kennziffer des Fortschritts, des Modernisierungsgrades der Gesellschaft und der Innovationskapazität.

Abgesehen von der begrenzten Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen und der Gefahr von Studentenprotesten ist die Antwort wohl vor allem im neuen Entwicklungskonzept der „eigenständigen Innovation“ zu finden, das die parteistaatliche Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao seit 2004 mit Nachdruck propagiert. Hintergrund dieser Entwicklungsstrategie ist, dass die VR China bis zum Jahr 2020 zu einer globalen Führungsmacht aufsteigen soll. Die Regierung sieht in technologischer Unabhängigkeit die Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Diese kann nur erreicht werden, indem die eigene Innovationskapazität verbessert wird, also verstärkt indigene Innovationen hervorgebracht werden und die Abhängigkeit vom technologischen Know-how aus dem Ausland verringert wird. Die Tatsache, dass diese Entwicklungsstrategie im jüngsten Entwicklungsplan für Wissenschaft und Technologie für den Zeitraum von 2006 bis 2020 sowie im 11. Fünfjahresprogramm von 2006 bis 2010 festgeschrieben ist, erhöht gegenüber früheren Plänen zur Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit den Druck zur erfolgreichen Umsetzung deutlich.

Die Rückwirkungen der Entwicklungsstrategie auf das chinesische Bildungssystem sind nun ebenfalls umfassender. Zwar fasst das jüngste Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie eine Ausweitung der Immatrikulationsrate in der Tertiärbildung auf 40 % bis zum Jahr 2020 ins Auge. Wie Wen Jiabao in Ergänzung des Arbeitsberichts zur Tertiärbildung Mitte Mai dieses

Jahres erklärte, könne zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit allerdings nicht mehr nur auf die Ausweitung der Quantität chinesischer Humanressourcen gesetzt werden. Im Vordergrund stehe stattdessen die Vermittlung qualitativ hochwertiger spezifischer Fähigkeiten, die im Berufsleben eingesetzt werden können. Deshalb rief der Ministerpräsident dazu auf, schon für die diesjährigen Hochschulabsolventen eine praktische berufliche Ausbildung bereitzustellen sowie die sekundäre Berufsausbildung und die Berufsausbildung für Erwachsene auszuweiten. Den chinesischen Bürgern würden dadurch Alternativen zur Tertiärbildung in regulären Hochschulen angeboten (Xinhua, 10.5.2006, nach BBC PF, 12.5.2006).

Literaturhinweise

Bai Limin (2006), „Graduate Unemployment: Dilemmas and Challenges in China's Move to Mass Higher Education“, in: China Quarterly, Vol. 185, 128-144.

Department of Development and Planning of the Ministry of Education of the PRC (DDPME) (2004), Educational Statistics Yearbook 2003, Beijing: People's Education Press.

Gao Shuguo (2004), „Berechnung der Verbreitung der Tertiärbildung in China“, in: Gao Shuguo / Yang Xiaoming (Hrsg.), Bericht zur Bildungsqualität der chinesischen Bevölkerung (in chinesischer Sprache), Beijing: Verlag für gesellschaftswissenschaftliche Literatur, 219-240.

Ministry of Education (MOE) (2006), „Wen Jiabao hörte als Vorsitzender einer Sitzung des Staatsrates den Arbeitsbericht zur Tertiärbildung und betonte, den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Qualität zu legen“ (in chinesischer Sprache), 11.5.2006, <http://www.moe.gov.cn/edoas/website18/info19520.htm>, Zugriff am 15.5.2006.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2003), OECD Review of Financing and Quality Assurance Reforms in Higher Education in The People's Republic of China, Paris: OECD.

State Statistical Bureau of the PRC (SSB) (2005), China Statistical Yearbook 2005, Beijing: China Statistics Press.

Willmann, Katrin/Schucher, Günter (2005), „Facts about and Development in the Rural Education of the PRC“, in: China aktuell, 5, 10-15.

■ Die Autorin

Katrin Willmann, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asienkunde. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Bildung und Wissenschaft in der VR China sowie Innenpolitik in der VR China und der SVR Hongkong.

E-Mail: willmann@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/willmann>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Autorin erarbeitet am GIGA im Rahmen des Analysefelds „Innovationsprozesse in der Globalisierung“ ein Forschungsprojekt zur Analyse der regionalen Innovationssysteme im Yangzi- und Perlfussdelta sowie des Humankapitalbestands in der Innovations- und Diffusionsphase.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Regelmäßige Analyse des Wissenschafts- und Bildungssystems in China durch die Autorin im Rahmen der zweimonatlichen Dokumentation in „China aktuell – Journal of Current Chinese Affairs“.

Willmann, Katrin/Schucher, Günter (2005), „Facts about and Development in the Rural Education of the PRC“, in: China aktuell, 5, 10-15.

Klemm, Birte (2004), „‘Reverse Brain Drain’ ... Das Werben der chinesischen Regierung um die Auslandsstudenten“, in: China aktuell, 10, 1109-1114.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Asien wird vom Institut für Asienkunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Thomas Kern; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asienkunde

IMPRESSUM